

Volksinitiativen „6 Wochen Ferien für alle“

Abstimmung vom 11. März 2012

1. Worum geht es

1.1. Was will die Initiative?

Die Initiative des Gewerkschaftsdachverbandes TravailSuisse verlangt, dass alle Arbeitnehmer einen Anspruch auf sechs Wochen bezahlte Ferien haben.

1.2. Wortlaut

Die Bundesverfassung vom 18. April 1999 wird wie folgt geändert:

Art. 110 Abs. 4 (neu)

4 Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben Anspruch auf bezahlte Ferien von jährlich mindestens sechs Wochen.

Die Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 8 (neu)

8. Übergangsbestimmungen zu Art. 110 Abs. 4 (neu)

1 Im Kalenderjahr, das der Annahme von Artikel 110 Absatz 4 durch Volk und Stände folgt, haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf mindestens fünf Wochen Ferien. In den darauffolgenden fünf Kalenderjahren steigt der Anspruch jährlich um einen Tag.

2 Bis zum Inkrafttreten der geänderten Bundesgesetzgebung regelt der Bundesrat die notwendigen Einzelheiten.

2. Positionen und Argumente

2.1. Positionen

Bundesrat und Parlament lehnen die Vorlage ohne Gegenentwurf ab. Einzig SP und Grüne unterstützten die Initiative. Neben FDP, SVP, CVP, BDP und GLP lehnen auch economiesuisse, der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Arbeitgeberverband sowie weitere Wirtschaftsorganisationen, Verbände und die Kantone das Volksbegehren ab.



2.2. Argumente

FDP. Die Liberalen lehnt die Initiative ab. Denn sie ist für speziell für KMU schlicht unzumutbar, gefährdet Arbeitsplätze und verhindert kluge, branchenspezifische Lösungen.

- › **Für KMU unzumutbar:** Bei einer Annahme der Initiative steigen die Arbeitskosten für die meisten Firmen um einen halben Monatslohn pro Mitarbeiter. Zudem müssen die Firmen mehr Absenzen und Kosten für Stellvertretungen in Kauf nehmen. Ausgerechnet zu Beginn des wirtschaftlichen Abschwungs wird der Überlebenskampf für KMU noch härter. Viele sind in ihrer Existenz bedroht.
- › **Gift für Wettbewerbsfähigkeit:** Hochgerechnet auf die Gesamtwirtschaft bringt die Initiative 6 Milliarden Franken an zusätzlichen Arbeitskosten, die in der Schweiz ohnehin schon höher als im Ausland sind. Der starke Franken belastet die Unternehmen schon genug. Eine weitere Schwächung der Schweizer Wettbewerbsfähigkeit liegt nicht drin – erst recht nicht in diesen schwierigen Zeiten.
- › **Gift für Arbeitsplätze:** Als Folge der geschwächten Wettbewerbsfähigkeit müssen viele Firmen Arbeitsplätze streichen, ins Ausland verlagern oder gar den Betrieb ganz einstellen. Wegen der höheren Kosten werden sich weniger ausländische Unternehmen in der Schweiz niederlassen.
- › **Gift für Zulieferindustrie:** Höheren Arbeitskosten zwingen viele Schweizer Firmen, beim Einkauf die Kosten zu senken und vermehrt Leistungen aus dem Ausland zu beziehen.
- › **Grosszügige Arbeitgeber:** Mit jährlich durchschnittlich 4,8 Wochen für 20-49-Jährige resp. 5,4 Wochen für über 50-Jährige gewähren Schweizer Firmen ihren Angestellten schon heute mehr Ferien als gesetzlich verlangt. Nicht eingerechnet sind dabei die jährlich durchschnittlich 8-10 bezahlten Feiertage, die ebenfalls oft über das gesetzliche Minimum (8 Tage) hinausgehen.
- › **Ende für Flexibilität:** Schon heute gibt es in vielen Branchen Verträge, die den Arbeitnehmern 5 oder mehr Wochen Ferien garantieren – ein Beleg für die funktionierende Sozialpartnerschaft in der Schweiz. Eine starre Vorschrift in der Verfassung verunmöglicht flexible, branchengerechte Lösungen.
- › **Ende für Sozialpartnerschaft:** Die Initiative gefährdet eine grosse Schweizer Errungenschaft: die Sozialpartnerschaft. In vielen Branchen gewähren die Unternehmen ihren Angestellten schon heute mehr als die gesetzlich vorgeschriebenen 4 Wochen Ferien (s. oben). Bei einer Annahme der Initiative sind diese flexiblen Lösungen hinfällig und werden durch eine starre Vorschrift ersetzt. Das widerspricht der erfolgreichen, liberalen Tradition der Sozialpartnerschaft, die bisher ohne staatliche Zwänge faire und zumutbare Lösungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber garantiert hat.
- › **Höhere Steuern:** Da die Initiative auch öffentlich-rechtliche Stellen betrifft, belasten die erhöhten Arbeitskosten die Budgets von Gemeinden und Kantonen. Steuererhöhungen sind vorprogrammiert.
- › **Tiefere Löhne:** Die Initianten fordern, dass die Löhne trotz mehr Ferien stabil bleiben. Viele Firmen können sich das schlicht nicht leisten. Der Spielraum für Lohnerhöhungen wird kleiner.
- › **Mehr Stress am Arbeitsplatz:** In Firmen, die sich keine Stellvertretung leisten können, führen mehr Absenzen zu mehr Stress für die Anwesenden. Zudem gilt: „Aufgeschoben ist nicht aufgehoben“, d.h. es wird mehr Arbeit vor und nach den Ferien geben. Langfristige Folgen des zusätzlichen Stresses sind Mehrkosten für die Krankenkassen und die IV.
- › **Mehr Schwarzarbeit:** Erhebungen lassen den Schluss zu, dass viele Arbeitnehmer die zusätzlichen Freitage für Zusatzverdienste nutzen – im schlechtesten Fall handelt es sich dabei um Schwarzarbeit.